

Erfordernis, Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Inhalte eines Strategiewechsels der PDS

Rede auf der Zukunftswerkstatt der PDS Mecklenburg-Vorpommern am 4. Dezember 1999 in Güstrow

Liebe Genossinnen und Genossen,

es sind jetzt praktisch genau 10 Jahre, seit wir begonnen haben, aus der SED heraus eine neue Partei, die Partei des Demokratischen Sozialismus zu entwickeln. Im Dezember 1989 war es 5 nach 12, als wir dieser Arbeit begannen, als wir endlich unseren Mut für den Bruch mit dem stalinistischen Charakter der SED zusammengenommen hatten. Wir haben keine Stunde-Null-Mentalität entwickelt, wir kommen aus der SED, das vergessen wir nicht, das vergisst man uns nicht. Manches ist daher Last, aber nicht Weniges auch eine wirkliche Chance. Die PDS ist eine Partei, die das selbstlose Handeln von hunderttausenden Menschen in der DDR und in der SED für die Überwindung des Faschismus, für ein Deutschland, von dessen Boden kein Krieg mehr ausgeht, und für eine gerechtere Gesellschaft verteidigt. Sie ist aber auch eine Partei, die den Unterschied zwischen positivem Wollen des Einzelnen und vieler Menschen auf der einen Seite und den realen Ergebnissen auf der anderen Seite kennt. Die DDR ist wie die anderen osteuropäischen staatssozialistischen Länder in wenigen Wochen wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Es lohnt sich, sich auch der eigenen Empfindungen 1989 zu erinnern, um sich klar darüber zu werden, wie vollständig dieser Kollaps war. Wir müssen uns bewusst bleiben, dass die DDR nicht an Zufälligkeiten, nicht an einem Gorbatschow, der die DDR preisgegeben hat, nicht an einzelnen Fehlern, sondern an einer grundlegenden gesellschaftlichen Rückständigkeit gescheitert ist. Das zu sagen, bedeutet nicht die Entmachtung von Großkapital, Banken, Nazi- und Kriegsverbrechern und ostelbischem Adel geringzuschätzen oder das zukunftsweisende Ausmaß von sozialer Gerechtigkeit, sozialer Gleichheit und sozialer Sicherheit nicht wertzuschätzen und in neuer Weise in die Auseinandersetzung um den Weg der Gesellschaft einzubringen. Aber die Sowjetunion und die DDR hatten sich als unfähig erwiesen, eine wettbewerbsfähige, ökologisch und sozial effektive Wirtschaft hervorzubringen. Sie brauchten die Repression, die Missachtung der individuellen Freiheiten und die politische und kulturelle Abschottung nach innen und außen, um überhaupt lange Zeit bestehen zu können. Die Erneuerung sozialistischer Politik und die Wiedergewinnung sozialistischer Ziele, denen sich die PDS verschrieben hat, kann daher nicht nur kein Zurück bedeuten, sondern muss den unumkehrbaren und prinzipiellen Bruch mit dem Charakter der SED und den früheren Politik-, Partei- und Gesellschaftsvorstellungen bedeuten. Wer mit sich selbst in der notwendigen, dann aber sicherlich auch schmerzlichen Weise ins Gericht geht, weiß, dass wir viel über Bord zu werfen haben, was uns einmal lieb und teuer war. Aber wir wollen natürlich unsere sozialistische Gesinnung an Bord behalten, das Engagement für eine sozial gerechte Gesellschaft, für eine Gesellschaft, die den künftigen Generationen die Erde verbessert hinterlässt, wie es Marx im Kapital ausgedrückt hat, für eine Welt ohne Krieg und für einen Globus, auf dem die außermenschliche Natur und unsere eigene menschliche Natur überleben und sich entwickeln können. Sicherlich ist immer noch unklar, was alles über Bord muss, was an Bord bleiben soll. Aber klar sollte doch für uns alle sein, dass wir selbst nicht von Bord gehen wollen. Bevor ich zum zweiten Punkt komme, möchte ich in diesem Zusammenhang ein Leid loswerden. Ich begreife nicht, warum wir in der PDS nicht sagen können: Ich finde es falsch, was du sagst, denkst, machst. Ich bin mit der nicht einer Meinung. Statt dessen unterstellen wir dem Andersdenkenden niedrige Motive. Verrat zum Beispiel, Käuflichkeit, Anbiederung an den Klassengegner, Machtstreben oder Sozialdemokratismus, und letzteres ist ja, wie wir aus der SED wissen, ohnehin der ultimative Vorwurf in einer sozialistischen Partei. Für mich hört das Tolerierbare an dieser Stelle auch auf. Die Mittel und Vorwürfe der SED zur Disziplinierung und zum Verstoß von Andersdenkenden haben in der PDS nichts zu suchen. Ich selbst habe oft Unrecht gehabt und mich oft schwer getan damit, das zu begreifen. Aber ich nehme für mich in Anspruch und ich nehme für Helmut Holter in Anspruch und für Angelika Gramkow und für Gregor Gysi

und durchaus auch für Michael Benjamin von der Kommunistischen Plattform, das Beste zu wollen aus Überzeugung und nicht aus niedrigen Beweggründen sich zu äußern und zu handeln. In der Diskussion um das Papier von Helmut Holter bin ich erneut auf dieses Phänomen gestoßen. Warum um Gottes Willen kann man ihm seine Thesen nicht inhaltlich um die Ohren hauen, wenn man anderer Meinung ist. Warum gilt in der PDS zuerst immer die Vermutung: Da will einer Schlechtes.

Der erwähnte prinzipielle Bruch mit der SED muss meiner Meinung nach bedeuten, dass wir erstens die kritische Auseinandersetzung und Analyse mit dem DDR-Sozialismus aus eigenem Antrieb und eigenem Interesse fortsetzen. Rückwärtsgewandtheit und Lernunfähigkeit würden uns zu einem handzahmen Gegner von Stoiber, Gauweiler oder Schäuble machen. Die Veränderung der PDS, ihr Lernwille sind Voraussetzungen, dass sozialistische Politik und Ziele in Deutschland wieder eine Chance haben, dass wir der notwendige starke Gegner der großen Konzerne und Banken und des politischen Konservatismus und Marktradikalismus in Deutschland werden. Diese Aufgabe ist nicht abgeschlossen. Die PDS hat viel an Selbstkritik geleistet, sie hat viel verändert, aber schwierige theoretische und politische Probleme sind noch nicht entschieden, und kulturell sind wir ohnehin noch längst nicht die andere, die moderne sozialistische Partei der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen nicht, getrieben von der Gauck-Behörde und Geschichtsrevisoren, sondern aus eigenem Antrieb die schärfsten und genauesten, nämlich die linken Kritikerinnen und Kritiker des undemokratischen und antilibertären Charakters der DDR sein.

Zweitens muss ein erneuertes Sozialismus-Verständnis nach meiner Überzeugung bedeuten, die großen positiven Traditionen der Arbeiterbewegung, darunter auch die große demokratische Tradition der Sozialdemokratie, in einer sozialistischen Partei aufzuheben. Wer das als Sozialdemokratisierung bezeichnet, mag sogar Recht haben, aber es ist eine gewollte und eine notwendige. In dieser Hinsicht wäre an eine der großartigsten Traditionen der Arbeiterbewegung und an einen Vorzug anzuknüpfen, den die Sozialdemokratie unzweifelhaft gegenüber der kommunistischen Bewegung gehabt hat: Wir müssen Sozialismus konsequent mit Demokratie und Freiheit verbinden. Die Sozialdemokratie hat ihren sozialistischen Anspruch jedenfalls nicht deshalb aufgegeben, weil sie gleichzeitig Demokratie und Freiheit wollte. Im Gegenteil, es gehört zu den tragischsten Seiten der sozialdemokratischen Geschichte, dass Blair und Schröder in ihrem diesjährigen Thesen-Papier nicht das Versagen der Sozialdemokratie, sondern ihre sozialen und demokratischen Erfolge so vollständig diffamiert haben.

Drittens. Sozialismus muss heute auf radikale und umfassende Wandlungen der gesamten Gesellschaft antworten, auf geradezu revolutionäre soziale und andere Umwälzungen. Er muss mit Fragen verbunden werden, die in der Vergangenheit nicht oder nicht in dem Ausmaß existiert haben, den Fragen von heute und morgen. Es muss ein Sozialismus sein mit konsequenter ökologischer Orientierung, ein Sozialismus, der Antworten gibt auf die soziale und kulturelle Zersplitterung der Gesellschaft, ihren Zusammenhalt wiederherstellt und dabei anders als in der Vergangenheit vom freien Individuum ausgeht, ein Sozialismus, der auf Globalisierung, Informations- und Mediengesellschaft antworten kann, und der die Solidarität mit dem Süden der Erde nicht nur in Deklarationen verkündet, sondern gesellschaftlich und ökonomisch lebbar macht, ein Sozialismus, der auf die Kulturgesellschaft gerichtet ist, ein Sozialismus, der die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur sozial, sondern auch kulturell vertritt.

Eigentlich könnte ich alles, worüber ich heute reden will, unter jenen berühmten Gedanken von Max Weber über das Wesen von Politik einordnen. In einem Vortrag über die Sozialdemokratie 1918 sagte er, Politik sei das Bohren von dicken Brettern mit Augenmaß und Leidenschaft. Meiner Meinung nach ist diese Definition von Politik tatsächlich nur für eine linke Partei geeignet. Augenmaß wird jede Politikerin, jeder Politiker, jede Partei haben wollen, Leidenschaft, gesellschaftliche Ziele, große Wertorientierungen, Visionen braucht nur

die Linke. Max Webers Bild kennzeichnet die Pole, die unsere Politik unweigerlich haben muss, eine konsequent realistische Alltagsarbeit, die die vorhandenen Bedingungen mit aller Kompetenz kennt und berücksichtigt. Dazu gehören auch die Kenntnisse darüber, wo und wie weit man diese Bedingungen verändern kann. Wir haben einen gegebenen Finanzrahmen in den Kommunen, Ländern, im Bund und in der Europäischen Union. Wir als Linke wissen aber auch, dass dieser Finanzrahmen nicht naturgesetzlich gegeben ist, sondern erweitert werden kann. Es wäre wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgesprochen vernünftig, eine Steuer auf kurzfristige Devisen- und Aktientransaktionen, also die sogenannte Tobin-Steuer, auf spekulative Finanztransaktionen einzuführen. Es wäre sozial nur allzu gerecht, die großen Vermögen, die kaum noch investiert, sondern eben in solcher spekulativer Weise verwendet werden, stärker zu besteuern. Es wäre für die Zukunfts- und Entwicklungsfähigkeit dieser Gesellschaft und für ihr soziales Wesen ausgesprochen sinnvoll, eine Reform des Erbschaftssteuersystems vorzunehmen. Das alles ist realistisch. Aber die Realität unserer Politik hat weitere Seiten, nämlich unter anderem auch das Fehlen von Kräfteverhältnissen, um diese wirtschaftliche und steuerpolitische Vernunft gegen die Interessen der mächtigsten Wirtschafts- und Finanzkreise und der Reichsten und Einflussreichsten dieser Gesellschaft durchzusetzen. Das zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet nicht, sich damit abzufinden, aber durchaus zu wissen, dass eine Politik, die abstrakte Möglichkeiten der Ausweitung des öffentlichen Finanzrahmens zugrunde legt, für die Bürgerinnen und Bürger zunächst nicht überzeugend ist. Augenmaß zu haben, bedeutet aber nicht nur Realismus oder gar Pragmatismus. Es bedeutet auch, sich darüber im Klaren zu sein, dass wir mit Andersdenkenden gemeinsam Politik machen müssen und vor allem wollen. Das ist ein Teil von Demokratie. Es geht nicht nur um die Gewinnung von Mehrheiten. Wichtig genug. Es geht auch darum, mit Menschen, die andere Überzeugungen haben, mit Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die andere Positionen haben, zusammenarbeiten zu wollen. Sozialdemokraten sind nicht Menschen, die nur noch nicht begriffen haben, dass die PDS Recht hat. Sie haben andere Wertorientierungen, Einschätzungen, Interessen. Vielleicht klingt das zu allgemein, aber den Andersdenkenden nicht nur zu tolerieren, nicht nur als Mehrheitsbeschaffer und Partner in Kompromissen zu sehen, sondern als Bereicherung für sich selbst, als Herausforderung, als Erfordernis, das ist ein Teil des kulturellen Wandels, den wir in der PDS immer noch zu leisten haben. Ich schließe mich dabei ausdrücklich ein. Augenmaß bedeutet auch, klar zu unterscheiden zwischen dem, was nur auf der Ebene der ganzen Gesellschaft, und nicht selten ist das heute sogar die Ebene der Europäischen Union, und was auf der Ebene des Landes oder der Kommune realisiert werden kann. Wenn wir in Landtagswahlprogrammen Ziele verkünden, die nicht Gegenstand von Landespolitik sind, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn Menschen uns massiv auf diesen Widerspruch und auf ihre Enttäuschung aufmerksam machen. Augenmaß heißt schließlich, auch die gesetzlichen, verfassungsrechtlichen und europäischen Rahmenbedingungen unserer Politik ernst zu nehmen und sie ehrlich zu respektieren. Um nicht missverstanden zu werden: Mit vielen von ihnen werden wir uns nicht abfinden dürfen, es muss viel gerade auch in dieser Hinsicht geändert werden. In Mecklenburg-Vorpommern, in der Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union, in der Welthandelsorganisation WTO und in der UNO. Aber auch diesen Kampf können und müssen wir demokratisch und rechtsstaatlich führen. Das ist nicht nur ein Problem einer großen Gesellschaftsstrategie. Wir können und müssen beispielsweise über den Zustand und die Bedingungen der europäischen Wettbewerbspolitik klagen und für ihre Veränderung kämpfen. Aber wir können Belegschaften und Unternehmen keine Lösungen versprechen, die sich über geltendes Recht hinwegsetzen. Ohnehin habe ich die Erfahrung gemacht, dass Menschen nicht auf schöne Versprechungen und Heilskonzepte warten. Sie sind sich der Schwierigkeiten und Widrigkeiten heutiger Politik oft viel bewusster als wir in unseren Programmen. Unsere Möglichkeiten und Unmöglichkeiten ehrlich zu benennen und über die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse aufzuklären, die den derzeitigen Unmöglichkeiten zugrunde liegen, das wäre ein wichtiger Bestandteil einer realistischen linken sozialistischen Strategie. Wir brauchen Leidenschaft. Wir sind wahrscheinlich die einzige Partei unter den Bundestagsparteien, die sich von großen Wertorientierungen, von großen gesellschaftlichen Zielen und selbst vom Ziel einer qualitativen Veränderung der

Gesellschaft leiten lässt, und wir müssen uns davon leiten lassen. Die Defizite der PDS liegen aber nicht nur in unserer realpolitischen Kompetenz. Sie liegen auch in unseren Leidenschaften. Ich stimme nicht mit dem ND-Artikel meines Bruders vom Donnerstag überein. Ich liebe und bewundere meinen Bruder, aber ohne die Klärung des programmatischen Profils der PDS, ohne Entscheidungen der Mehrheit über den politischen Platz der PDS werden wir unserer neuen Verantwortung nicht gerecht werden können. Die PDS wird, und wenn sie sich nicht aufgeben will, die PDS muss eine pluralistische Partei bleiben. Nicht aus taktischen Gründen, sondern als Lehre aus eigener Geschichte und aus Erfahrung, dass geistiger und politischer Pluralismus uns eine verlässlichere Grundlage bei der Beantwortung der Frage geben, was wollen wir, wird die PDS eine wirklich kommunistische Richtung benötigen, eine feministische, eine ökologische, eine christliche, eine reformsozialistische... Minderheiten werden in der PDS nicht nur geduldet, sondern geschützt und gebraucht. Ihre Rechte, ihre Möglichkeiten, für die eigene Überzeugung einzutreten und um die Mehrheit zu ringen, müssen finanziell und politisch sogar erweitert werden. Solange ich in PDS-Versammlungen verbleibe, ist es auch kein Problem, dass wir in unserem Parteiprogramm sehr unterschiedliche Meinungen nebeneinander gestellt haben. Aber hat nicht die SPD, haben nicht die Medien und zuallererst die Bürgerinnen und Bürger ein Recht zu erfahren, was die Mehrheitsposition in der PDS ist, was die Entscheidung der PDS ist, was sie von der PDS tatsächlich an außerparlamentarischer und parlamentarischer Politik erwarten können. Mit dem Gesicht zum Volke, hat Gerhard Schöne in einem Lied in den 80er Jahren von den Politikern gefordert. Dieses Gesicht muss erkennbar sein. Der Kopf dahinter verlässlich. Wir haben eine neue Verantwortung. Wir sind eine Partei, die in Ostdeutschland von 20 bis 25 Prozent der Menschen gewählt wird, und die in Westdeutschland begonnen hat, über die traditionell linken Milieus hinaus zu treten. Wir haben kein Recht mehr, einfach zu sagen, es gibt die Meinung und jene, und eine dritte oder vierte, ja letztlich, wir haben für jeden eine passende Meinung. In Parlamenten und in den großen außerparlamentarischen Bewegungen können wir bei aller Individualität letztlich nur eine Position vertreten, nur eine Politik machen. Ich sehe in der PDS eine Scheu, Entscheidungen herbeizuführen. Doch solche Angst sollten wir nicht haben. Minderheiten, zu denen jeder von uns gehören kann, behalten ihre Möglichkeiten. Entscheidungen sind nicht das Ende von Diskussionen und nicht das Fazit von Politik, sondern ihr Beginn. Entscheidungen können weh tun, sie können Verlust bedeuten, aber es gibt keine Politik ohne sie. Und dafür sind wir da. Diese Partei ist über zehn Jahre von ihren Mitgliedern nicht entwickelt worden aus den Trümmern der SED, nicht aus den Tiefs von 1990 und 1991 geführt worden, nicht durch all die komplizierten und emotionalen Auseinandersetzungen der vergangenen zehn Jahre, damit wir ein kleines, feines Refugium für linke Theorien und Nestwärme haben. Es ging um mehr. Wir wollten Politik machen, wir wollten eingreifen können, wo Menschen sozial und politisch benachteiligt werden, wir wollten wirksamen Widerstand leisten, wo dieser Staat wieder Krieg führt, wo diese Gesellschaft das Asylrecht aufgibt, wo die Politik und die Demokratie vor Wirtschaft und Banken kapitulieren; wir wollten zu einem selbstbewussten Osten beitragen, wir wollten Schritt für Schritt Verbesserung des Bestehenden, Verhinderung von Verschlechterungen und Rückgewinnung gesellschaftskritischer Alternativen möglich machen. Wir wollten und wollen Interessenvertretung für jene sein, die sonst keine Lobby in dieser Gesellschaft haben. Wir haben 1990 gesagt, Bürgerinteressen gehen über Parteiinteressen. Dafür sind wir da. Wir sind nicht für uns da, sondern für die Bürgerinnen und Bürger. Wir reden ihnen nicht nach dem Mund, aber wir gehen mit Bescheidenheit, Achtung und Aufmerksamkeit von ihren Interessen aus. 10 Jahre lang ging es primär darum, überhaupt die Möglichkeit und Perspektive einer sozialistischen Partei in Deutschland zu bewahren. Nach den Wahlerfolgen 1998 und 1999 hat sich die Situation jedoch geändert. Jetzt geht es darum, diese sozialistische Partei in die Waagschale des Kampfes um eine andere Politik zu werfen. Das ist nicht risikolos. Natürlich gibt es auch für uns die Gefahr, korrumpiert zu werden und uns anzupassen. Politik ist niemals risikolos. Max Webers Bild, Politik sei das Bohren von dicken Brettern, ist sogar viel zu mechanisch. Wir haben als Linke heute – der Krieg der NATO gegen Jugoslawien, das Umfallen von SPD und Grünen oder der Rücktritt Lafontaines haben das nur allzu deutlich gemacht – nicht nur ein dickes Brett vor uns, sondern

wahrscheinlich einen ganzen Betonblock, und der Bohrer, den wir benutzen, ist sicherlich auch längst noch nicht der schärfste und härteste. Überhaupt ist Politik, wie doch jeder von uns weiß, ganz selten auf einem geraden Weg erfolgreich. Lenin sprach selbst in revolutionären Zeiten davon, dass sie nur zwei Schritte vorwärts machen könne, indem sie einen zurück mache. Und es gibt eine Stelle bei ihm, wo er sogar meint, man müsse zwei zurück gehen, um einen voran tun zu können. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben die Erfahrung seit 1990 dutzendfach gemacht, dass auch Sozialistinnen und Sozialisten nicht selten nur defensiv agieren können oder sogar lediglich die Möglichkeit haben, Rückschritte zu begrenzen, sie sozial verträglich zu gestalten und demokratisch transparent. Wer wollte ihnen oder auch unserer Ministerin und unserem Minister in der Landesregierung dafür leichtfertige Vorwürfe machen? Ich frage mich, woher unsere Angst kommt, uns auf diese Schwierigkeiten von Politik einzulassen. Natürlich gibt es das warnende Beispiel der Sozialdemokraten und der Grünen, die ihre gesellschaftskritischen Ziele und viele Grundsätze ihrer Gründung aufgegeben haben. Aber es kann doch keiner im Ernst meinen, dass die Ursache dafür in Regierungsbeteiligung, in Kompromissen, in der Bereitschaft zu realistischer Politik oder gar im Fehlen der richtigen Beschlüsse besteht. Die Sozialdemokratie hatte 1914 eindeutige Beschlüsse gegen den Krieg und ist dennoch gnadenlos umgefallen. Die Grünen hatten auch 1999 eine klare Beschlusslage gegen den Krieg. Selbst die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen widerspricht eindeutig der kurze Zeit darauf erfolgten Beteiligung Deutschlands am Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Das Problem, so jedenfalls sehe ich es, liegt auf einem anderen Gebiet. Machtbeteiligung wird zum Selbstzweck, Überzeugungen sind altmodisch, political correctness, diktiert vom ideologischen mainstream, und politische Beliebigkeit modern. Hier müssen wir anknüpfen. Der konsequente Realismus, den wir uns abfordern müssen, die demokratische Bereitschaft zum Kompromiss, zur Zusammenarbeit mit Andersdenkenden müssen einher gehen mit der Ausprägung unserer Visionen, Werte und gesellschaftlichen Alternativen. Tuen wir nur das eine, würden wir früher oder später austauschbar und opportunistisch. Tuen wir nur das andere, würden wir uns isolieren, einen sektiererischen und weltfremden Charakter annehmen. Macht und Regierungsbeteiligung dürfen für die PDS, anders als für die SPD und die Grünen, niemals Selbstzweck werden, sondern Mittel zur Durchsetzung unserer politischen Ziele. Dass wir dabei Abstriche machen müssen, auch mal zurückweichen müssen, nicht immer geradeaus gehen können, ist nur für den gefährlich, der seine Ziele aus dem Auge verliert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

verzeiht mir diesen Exkurs. Wenn wir über Inhalte streiten, wenn wir uns gegenseitig erst einmal zubilligen, besten Willens zu sein, dann kann Streit Spaß machen, dann ist er nützlich. Wir brauchen mehr Selbstbewusstsein und weniger Selbstgerechtigkeit. Wir brauchen mehr Zuversicht, dann kann uns auch die Mühsal beim Bohren der dicken Bretter oder des Betonblocks nicht mutlos machen. Am Ende des ersten Jahrzehnts ihrer Existenz ist die PDS in einer besseren Situation denn je seit ihrer Gründung. Und ich stimme Helmut Holter ausdrücklich nicht zu, dass die PDS an ihre Wachstumsgrenze gestoßen sei. Eine solche Einschätzung habe ich auch schon 1994 gehört. Sie hat sich als unzutreffend erwiesen, sie ist auch gegenwärtig unzutreffend, wie Wahlergebnisse und Analysen beweisen können. Eine solche Einschätzung ist politisch möglicherweise auch gefährlich, weil sie notwendigerweise zu anderen Konsequenzen führt als eine Einschätzung, die von weiteren Möglichkeiten ausgeht. Die PDS kann in Ostdeutschland weiter zulegen, in Westdeutschland wird sie das allemal. Im Jahr 2002 kann und muss es in Ostdeutschland um 25 Prozent, in Westdeutschland um 2 Prozent und mehr gehen. Doch das ist bei weitem nicht das Wichtigste. Die PDS ist in einer neuen Verantwortung, und ich verstehe unter neu nicht nur eine gewachsene Verantwortung, sondern eine mit qualitativ neuen Zügen. Wir haben das Jahrzehnt des Kampfes um die Möglichkeit einer sozialistischen Partei in Deutschland abgeschlossen. Diese Verantwortung haben wir wahrgenommen. Kaum jemand außerhalb der PDS hat daran 1989/90 geglaubt. Jetzt geht es – wie schon gesagt – darum, mit neuer Qualität, mit neuem Nachdruck, vor allem aber mit wesentlich größerer

Wirksamkeit und höherer fachlicher und politischer Kompetenz Politik mitzugestalten und letztlich sie in einem langen Weg deutlich zu verändern. Wir sind gefordert, Politik real zu verändern. Das heißt unter den gegebenen Umständen und Kräfteverhältnissen nicht selten auch, Verschlechterungen zu begrenzen und zu verlangsamen. Aber es muss und es kann auch bedeuten, erste Schritte einer alternativen Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Demokratieentwicklung, eines ökologischen Umbaus auf den Weg zu bringen und zu gestalten. Haben viele Menschen uns noch bis ins Jahr 1998 vor allen Dingen als ostdeutsche Partei gesehen und als Adressat für ihren berechtigten Protest, so ist nunmehr die Erwartung in den Vordergrund getreten, dass die PDS tatsächlich ihre sozialen, politischen und kulturellen Interessen vertritt und zumindest partiell realisiert. Das ist nicht nur Verantwortung und Anspruch, das ist, wie die Wahlen 1999 gezeigt haben, auch bereits in ersten Ansätzen das Bild, das Wählerinnen und Wähler von der PDS haben. Auch in dieser Hinsicht lässt sich feststellen, dass kompetente, realistische und für die Zusammenarbeit mit anderen politischen und sozialen Kräften offene Alltagspolitik der PDS und sozialistisches Profil zusammengehören. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als darum, strategisch die moderne sozialistische Partei der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Das ist immerhin unser Selbstanspruch, aber es war bisher nicht die Funktion, in der uns die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gesehen haben. Bisher wurden wir primär als ostdeutsche Interessenvertretung und Regionalpartei wahrgenommen. Wollen wir tatsächlich diesen zukunftsorientierten Platz besetzen, einen Platz, der im deutschen Parteienspektrum leer ist, einen Platz, der in dieser Gesellschaft mit größter Dringlichkeit ausgefüllt werden muss, dann müssen sozialistische Wertorientierungen, Ziele und unsere Kapitalismus-Kritik ohne Abstriche an Aktualität und Realismus auch unsere Fachpolitik auf allen Ebenen durchdringen.

Die neue strategische Verantwortung der PDS ist aber zu einem Zeitpunkt entstanden, der alles andere als günstig für sozialistische Politik ist. Die SPD hat traditionelle linke und soziale Positionen unter dem neoliberalen Modernisierungsdruck und angesichts der Entfesselung von Kapitalherrschaft aufgegeben. Die Grünen haben ihren pazifistischen, ökologischen, feministischen und basisdemokratischen Gründungskonsens der Beteiligung an der Regierungsmacht geopfert. Mit dem Regierungswechsel 1998 hat kein Politikwechsel stattgefunden. Der Rücktritt Oskar Lafontaines, eines Politikers, der in seinen Alternativen zum Neoliberalismus viel zurückhaltender ist als wir, zeigt, wie tief und umfassend die Defensive ist, aus der die Linke zur Zeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft handeln muss. Aber ich sage auch ausdrücklich: handeln kann. Es gibt keinen Grund für Passivität. Es geht mindestens um vier grundsätzliche Aufgaben bei der Entwicklung sozialistischer Politik durch die PDS: Erstens geht es darum, den Status quo in diesem Land besser zu gestalten und besser zu verwalten als es durch die anderen Parteien geschieht. Das klingt unglaublich defensiv, ist aber die elementare Voraussetzung, um überhaupt Politik machen zu können, die eigene Politikfähigkeit für die Bürgerinnen und Bürger überzeugend nachweisen zu können. Zweitens. Auch wenn die Bedingungen ausgesprochen ungünstig sind – politisch, finanziell, kulturell, nicht selten auch rechtlich, natürlich auch international – es gibt Möglichkeiten, und sie müssen konsequent genutzt werden, positive Veränderungen in einzelnen konkreten Fragen durchzusetzen. Ich bin in manchem unzufrieden mit der Gestaltung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors hier in Mecklenburg-Vorpommern, aber zum einen halte ich die eingeschlagenen Schritte für notwendig und richtig, zum anderen bezieht sich meine Kritik vor allen Dingen darauf, dass wir in unserem Landtagswahlprogramm zu wenig berücksichtigt haben, dass gerade die großen gesellschaftspolitischen Fragen auch entsprechende bundespolitische und europäische Voraussetzungen benötigen. Drittens. All unsere Politik, ob auf kommunaler Ebene, im Land, im Bund, in Europa oder auch in außerparlamentarischen Bewegungen und Kämpfen, muss von den Ansprüchen sozialer Gerechtigkeit, sozialer Chancengleichheit und einer wesentlich erweiterten Bürgerbeteiligung und politischer Transparenz durchzogen sein. Selbst dort, wo wir gezwungen sind, in der Folge finanzieller Einsparungen die eine oder andere Verschlechterung mitzutragen, und jeder Kommunalpolitiker beispielsweise kennt das, müssen diese Grundsätze durchgesetzt werden. Viertens. Wir müssen den Kampf endlich

konkret, praktisch und nicht nur verbal beginnen für eine langfristige politische Veränderung der Situation in Deutschland, für die Veränderung der geistigen und kulturellen Voraussetzungen sowie der politischen Kräfteverhältnisse, damit gesellschaftspolitische Alternativen, sozialistische Politik und Ziele wieder einen größeren Spielraum erhalten. Die weitere Endstigmatisierung und die intensive Verankerung der PDS in der Gesellschaft sind im übrigen Aufgaben, die in diesem Zusammenhang gelöst werden müssen, damit von der PDS ein größerer Einfluss auf SPD, Gewerkschaften, soziale Bewegungen usw. ausgeht. Vor allen Dingen aber brauchen wir die Überzeugungskraft kompetenter Fachpolitik und konkreter politischer Konzepte sowie einer klareren und realistischeren sozialistischen Vision. Die Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern besitzt unter allen vier Gesichtspunkten strategische Bedeutung für die gesamte Partei des demokratischen Sozialismus. Ich verkenne auch die Risiken von Regierungsbeteiligung nicht, aber ich will es noch einmal wiederholen: Nicht Regierungsbeteiligung hat aus der SPD eine Partei gemacht, die sich im Kapitalismus eingerichtet hat und sich sogar aktiv an der Führung von Angriffskriegen beteiligt. Die Gefahr besteht in der Verselbständigung der Regierungsbeteiligung, in einer Orientierung auf Macht, in der die politischen Ziele und Alternativen sekundär werden. Wer sagt, die PDS sollte sich lieber an ihren sozialistischen Zielen festhalten, verkennt meiner Meinung nach zum einen, dass unsere sozialistischen Ziele bisher gar nicht so klar und so gefestigt sind, dass man sich an ihnen tatsächlich festhalten könnte. Auch diese Aufgabe ist ja erst ernsthaft zu leisten. Zum anderen ist die Fähigkeit, im Alltagsgeschäft, in den Kompromissen, in der aufrichtigen Achtung politisch anders orientierter Kräfte die eigenen Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren, vor allem eine kulturelle Herausforderung. Wir brauchen eine Partei, die nicht nur in Versammlungen, sondern im Herzen für soziale Gerechtigkeit, Antimilitarismus, demokratische Bildungspolitik, den ökologischen Umbau und Antifaschismus brennt. Wir brauchen eine Partei, die nicht nur im Frust, sondern in ihrer politischen Alltagskultur ihren Politikerinnen und Politiker auf die Finger schaut. Wir brauchen eine Partei, die in lebendiger und öffentlicher inhaltlicher Auseinandersetzung miteinander verwickelt ist. Und schließlich muss ich natürlich auch jene, die die Regierungsbeteiligung als non plus ultra aller Gefahren für das Profil der PDS sehen, fragen, wo denn die großen außerparlamentarischen Ergebnisse der PDS-Politik in den vergangenen Jahren sind. Und noch kritischer möchte ich fragen, und in meiner Frage liegt bereits die von mir vermutete Antwort, ob wir denn tatsächlich unseren eigenen Anspruch realisiert haben, dass außerparlamentarische Kämpfe für uns entscheidend sind (Abschnitt 5 unseres Parteiprogramms).

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben sehr viele unterschiedliche politische Aufgaben. Gestattet mir, in gebotener Kürze nur drei hervorzuheben, in denen sich sozialistische Politik als Wertorientierung, als politische Bewegung und als gesellschaftliche Alternative zugleich zeigt.

1. Die PDS muss nach meiner Überzeugung den Kampf um die Repolitisierung und Redemokratisierung der Gesellschaft führen gegen den wirtschaftsliberalen Kurs der Privatisierung und Deregulierung. Vielleicht erscheint das ein allzu abstraktes Ziel, aber alle unsere Möglichkeiten, übrigens auch die Möglichkeiten sozialdemokratischer, liberaler oder konservativer Politik hängen wesentlich davon ab, die Krise und den Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten zu überwinden. Man erzählt uns, dass die Globalisierung quasi naturwüchsig dazu führe, dass nicht mehr Politik, sondern in noch stärkerem Maße als in der Vergangenheit Wirtschaft, Banken und Börsen gesellschaftliche Entwicklung direkt entscheiden würden. Die Globalisierung ist ein reales Problem, wenngleich nicht in dem Ausmaß und mit jenen Inhalten, die uns gerade in dieser Hinsicht täglich suggeriert werden. Sie ist selbst nicht nur Ausdruck objektiver wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen, sondern Ergebnis neoliberaler Politik, die auf die Zerstörung staatlicher, politischer und erst recht demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten gerichtet ist. Sie wird

vorangetrieben als ein weiterer Kapitalisierungsprozess, dem nun auch all jene gesellschaftlichen und internationalen Bereiche untergeordnet werden sollen, die bisher von Kapitalverwertung und Kommerzialisierung mehr oder weniger frei waren. Schäuble hat in einem Grundsatzartikel für die FAZ noch die Überschrift verwandt „Weniger Demokratie wagen?“ Im Inhalt seines Artikels hat er das Fragezeichen jedoch bereits weggelassen und das Grundgesetz als ein bürokratisches Hindernis für Wirtschaftsentwicklung dargestellt. Steffen Heitmann, der sächsische Justizminister, hat bemerkenswerterweise in einem ND-Interview davon gesprochen, das wichtigste Regulierungsinstrument dieser Gesellschaft sei „die Wirtschaft, also das Eigentum.“ Naive Menschen wie ich glaubten immer, dass dieses wichtigste Regulierungsinstrument freie Wahlen und Abstimmungen seien, wie es in Artikel 20 des Grundgesetzes festgelegt ist. Lothar Späth hat in einem STERN-Interview den Politikern vorgeworfen, sie würden nicht begreifen, dass die wichtigsten Entscheidungen nicht mehr in der Politik, sondern in der Wirtschaft und an den Börsen fielen. Der Skandal besteht nicht darin, dass heutige Politiker so begriffsstutzig und dumm sind, sondern der Skandal besteht darin, dass Lothar Späth Recht hat, aber diese Zerstörung der Politik nicht für das Problem hält. Und Ralf Dahrendorf, dieser wunderbar nachdenkliche Liberale, hat im September in einem Essay für die Frankfurter Allgemeine Zeitung von den traurigen Parlamenten geschrieben und festgestellt, dass Rechnungshöfe, Lobby-Gruppen und Konzern-Zentralen wichtiger als die Parlamente geworden seien. Diese Beobachtungen sind vielfach zutreffend, und manche Prozesse sind ausgesprochen kompliziert, denn natürlich gibt es eine Internationalisierung, die unsere politischen Wirkungsmöglichkeiten verändert und zum Teil erschwert. Als im 18. und 19. Jahrhundert die lokalen Märkte überschritten wurden und sich nationale Märkte herausbildeten, hatten die entstehende Arbeiterbewegung und das liberale Bürgertum im Nationalstaat einen politischen Raum, in dem dem Manchester-Kapitalismus Fesseln angelegt werden konnten – schrittweise Begrenzung der Arbeitszeit, das Verbot von Kinderarbeit, Schritte zur Frauengleichstellung, Wahl- und Vereinigungsrecht etc. Heute droht der Manchester-Kapitalismus über die globale Ebene zurückzukehren, aber der internationale Raum bietet kaum vergleichbare Möglichkeiten, Gegenmächte und eine politische Begrenzung des freien Kapitalismus zu erreichen. Und dennoch gibt es keinen Grund zu Fatalismus. Der Kampf um die Repolitisierung und Demokratisierung der Gesellschaft muss heute und konkret geführt werden. Es geht beispielsweise darum, die Europäische Zentralbank, die auch niemand aus der Kommunistischen Plattform verstaatlichen muss, weil sie bereits im Staatsbesitz ist, unter politische Kontrolle zu stellen. Es war Deutschland, das in der Europäischen Union das Bundesbankmodell gegen Frankreich durchgesetzt hat. In Frankreich und in den USA gibt es wenigstens eine partielle Möglichkeit politischer Einflussnahme in den Zentralbanken. Die EZB, die selbst in gigantischer Weise Politik beeinflusst, steht dagegen außerhalb jeglicher politischen Kontrolle. Wir setzen uns daher für die Veränderung ihres Statuts ein und wollen langfristig sogar eine demokratische Mitsprache von Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Kräften im Zentralbankrat. Auch hinsichtlich der Privatbanken stehen konkrete Veränderungen auf der Tagesordnung. Ihr Industriebesitz muss gesetzlich begrenzt und deutlich verringert werden. In Aufsichtsräten von Industrie-Unternehmen haben die Banken eigentlich nichts zu suchen. Ich erinnere daran, dass die gleichen Banken, die im Aufsichtsrat von Krupp vertreten waren, die feindliche Übernahme von Thyssen betrieben haben, in dessen Aufsichtsrat sie ebenfalls saßen. Es kann insgesamt nicht sein, dass es gesetzlich gestattet ist, dass Banken gleichzeitig Eigentümer, Kreditgeber und Kontrolleur von Wirtschaftsunternehmen sind. Das ändern zu wollen, verlangt allerdings politische Kämpfe. Jeder politische Kampf beginnt jedoch damit, dass sein Thema politisch, gesellschaftlich und öffentlich wird. Im gleichen Zusammenhang ist die Tobin-Steuer zu nennen, die Besteuerung kurzfristiger, also spekulativer Devisen- und Aktientransaktionen. In den letzten 20 Jahren hat sich ein weltweiter Finanzmarkt

herausgebildet, der kaum noch etwas mit der Realwirtschaft zu tun hat, im Gegenteil, Investitionen und Produktion gefährdet und stattdessen spekulativen Gelderwerb begünstigt. Über 1.000 Milliarden Dollar werden täglich international an den Finanzmärkten bewegt, aber nur 13 Milliarden Dollar internationale Warenbewegungen gibt es pro Tag. Die materielle Deckung ist also – wenn man es etwas vereinfacht sagen will – gerade noch 1 Prozent. Tobin – immerhin ehemaliger Regierungsberater und Nobelpreisträger – steht dafür, dass wir mit einer Politik, die auf eine Veränderung dieser Situation gerichtet wäre, bei weitem nicht allein stünden, nicht in realitätsfernen Visionen verharren würden. Ich könnte mir übrigens auch vorstellen, dass eine gesellschaftliche Anstrengung, also vielleicht Konsensgespräche, ähnlich wie in der Frage der Kernenergie, auf die Überwindung der Staatsverschuldung gerichtet werden könnten. Sie ist Teil gigantischer Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Reichsten der Reichen, der Banken und der transnationalen Konzerne. Natürlich kann der Weg, wie ihn die gegenwärtige Bundesregierung dazu vorschlägt, von uns nicht unterstützt werden. Verdient haben an der Staatsverschuldung, wie gesagt, die Banken und die Milliardäre. Sie müssten auch einen besonderen Anteil zum Abbau der Schulden leisten. Viele andere Schritte, die von der Bundesregierung nicht gewagt werden, wären zu nennen, wie beispielsweise die Vermögenssteuer, eine Sonderabgabe auf große Vermögen, eine entschiedene Veränderung des Erbschaftssteuerrechts, die deutliche Verringerung der Rüstungsausgaben oder die von Gregor Gysi bereits mehrfach vorgeschlagene Zwanganleihe des Staates bei den Banken, mit der Milliarden an Zinsen eingespart werden könnten.

2. Und jetzt verspreche ich, doch kürzer zu werden: Die PDS muss die Partei sein, die das Ziel der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nicht aufgibt und sich für eine neue Art von Vollbeschäftigung einsetzt. Der traditionelle Weg über das Wirtschaftswachstum oder meinetwegen auch über keynesianistische Politik wird nicht mehr funktionieren. Zum einen geht es aber natürlich um eine aktive Wirtschafts-, Struktur- und Regionalpolitik sowie um die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, zum anderen um intelligente und weitreichende Verkürzung von Arbeitszeit. Auch in dieser Frage haben wir uns jedoch bewusst zu sein, wie groß die Defensivität ist, aus der heraus wir dafür kämpfen. Erst in dieser Woche hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche gefordert. Die Kohl-Regierung hat die Frauenlebensarbeitszeit auf 65 Jahre heraufgesetzt. Aber ohne substantielle Arbeitszeitverkürzung wird es keine nachhaltige Verringerung der Arbeitslosigkeit geben. Und schließlich, und dazu vor allem will ich etwas sagen, geht es um die Durchsetzung eines dritten Wirtschaftssektors jenseits von Privatwirtschaft und Staatsbereich, den wir als öffentlich geförderten Beschäftigungssektor bezeichnen. Es war sicherlich leichtfertig von uns, die Möglichkeiten eines solchen Sektors auf Landesebene allzu groß einzuschätzen. Hier geht es um durchaus radikale Veränderungen der gesamten Gesellschaft. Dieser Sektor wird in Frankreich immerhin als solidarwirtschaftlicher Sektor bezeichnet, in den USA als Nonprofit-Sektor. Ansätze für ihn gibt es natürlich auch in Deutschland bereits, und die Schritte in Mecklenburg-Vorpommern, so schwierig und klein sie sein mögen, sind Schritte genau auf diesem Weg. Wenn wir uns jedoch vor Augen halten, dass dieser Wirtschaftssektor auch aus der Dominanz der Kapitalverwertung herausgebrochen werden muss, weil seine Träger Kommunen, Genossenschaften, Bürgerinitiativen, Frauenprojekte etc. sein sollen, dann wird sicherlich auch deutlich, dass wir diese Aufgabe nicht allein landespolitisch lösen können. Aber für einen solchen Bereich ist genügend da: ökologische, soziale, kulturelle Dienstleistungen bleiben in diesem Land in gefährlich großem Ausmaß ungetan oder werden allein dem Ehrenamt und vor allem den Frauen überlassen. Es gibt mindestens 100 Milliarden DM ökologischer Schäden und anderer ökologischer Probleme pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland, die wir den kommenden Generationen hinterlassen, statt sie zum Gegenstand eines solchen Beschäftigungs- und Wirtschaftssektors zu machen. Ganz Ähnliches könnte man über soziale und

kulturelle Dienstleistungen sagen. Natürlich geht es um vernünftige Veränderungen, die eigentlich im Interesse der gesamten Gesellschaft lägen. Aber sie sind mit der Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen verbunden. Sie sind nicht anders als mit antikapitalistischen Kämpfen durchsetzbar. Deshalb wird nur eine sozialistische Partei wirklich frei und konsequent sein, sich diese Aufgabe zu eigen zu machen.

3. Wir brauchen dringend einen ökologischen Umbau, der sozial gerecht ausgestaltet wird. Ökologie war 1990 in den Umfragen jener Wert, der auf Platz 1 gestanden hat. Er ist jetzt weit in den Hintergrund getreten, obwohl es unverändert um eine existenzielle Frage geht. In der SPD und bei den Grünen gibt es viele Politikerinnen und Politiker, die uns gerade auf diesem Gebiet an Sachkenntnis viel voraus haben. Wolfgang Methling nehme ich allerdings ausdrücklich aus. Aber wenn man sich die Frage stellt, warum Parteien wie die SPD und die Grünen trotz dieses enormen Sachverständes eine ökologische Steuerreform durchführen, die die größten Energieverbraucher —fast durchweg hochprofitable Konzerne – vollständig von der Energiesteuer befreit, aber Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger, Arbeitslose, Studierende, Auszubildende voll belastet, dann wird nur eine Antwort möglich sein: Sie sind zu ökologischer Politik nicht fähig, weil sie nicht bereit sind, sich mit den großen Konzernen anzulegen. Ihre einseitige Wirtschaftsorientierung bringt sie dazu, den ökologischen Gedanken zugrunde zu richten und soziale Ungerechtigkeit in Kauf zu nehmen. Ich will und ich kann über das ökologische Thema nicht ausführlicher reden. Wichtig war mir der Gedanke, dass gerade sozialistisches und differenziertes antikapitalistisches Herangehen aus der PDS auch die konsequenteste ökologische Partei machen können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte fünf Gedanken noch loswerden, die mir für die praktische Umsetzung der geschilderten politischen Verantwortung der PDS unerlässlich scheinen:

1. Die PDS muss neue soziale, politische und fachliche Kompetenz erwerben und diesen Erwerb organisieren, organisieren und nochmals organisieren. Ohne die konkrete und bewusst gestaltete Heranführung vor allem von jungen Menschen an Funktionen in der PDS und in der Gesellschaft, ohne Trainingsprogramme etc. werden wir bald nicht mehr in der Lage sein, die gewachsenen und möglicherweise weiter wachsenden politischen Chancen wahrzunehmen.
2. Die PDS muss sich weiter der Gesellschaft öffnen. Sie muss sich nicht anpassen, aber sie muss so intensiv wie möglich in dieser Gesellschaft und in allen ihren Strukturen verankert sein. Dabei sind vor allen Dingen zwei Probleme zur Zeit akut ungelöst: die Hinwendung zu jungen Menschen, die eine andere Kultur haben als die meisten in der PDS sie mit sich bringen, und die Hinwendung zur westdeutschen Teilgesellschaft. Wir wollen nicht in die neue Mitte, aber wir müssen eine Partei sein, die mitten in der Gesellschaft lebt, bei den Menschen ist, ohne ihnen nach dem Munde zu reden, und die Avantgarde-Denken ein für allemal überwunden hat. Unsere politischen Konzepte müssen auf Zukunft gerichtet sein, aber konsequent aus der konkreten Gegenwart der Gesellschaft und ihrer Kultur kommen.
3. Die PDS muss ihre kommunalpolitische Verankerung reproduzieren. Hier liegt eine besondere und nach meinem Einschätzungsvermögen auch besonders dringliche Verpflichtung. Wir haben viel zu wenig neue Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gewonnen, wir haben als Bundes- und Landespartei fast gar nichts dafür getan, zielgerichtet und langfristig neue personelle Möglichkeiten zu entwickeln.

4. In der Bundespartei und hier in Mecklenburg-Vorpommern müssen wir beschleunigt, demokratisch und transparent entschieden, aber auch wirklich organisiert einen Generationswechsel einleiten. Wir Älteren müssen einfach Positionen, Geld, Einfluss abgeben und erlauben, dass eine politische Kultur, die uns selbst fremd ist und die für uns zum Teil Verlust bedeutet, die aber die der jungen Menschen ist, in der PDS sich stärker durchsetzen kann.
5. Wir brauchen natürlich immer die Kritik der Vorstände, aber es gibt auch eine Verantwortung der Basis, zu der im übrigen ja auch jeder von uns gehört. Diese Verantwortung muss auch unabhängig von den Vorständen wahrgenommen werden. Wir brauchen Diskussionen und Entscheidungen, die von der Basis der Partei her kommen, wir brauchen eine aktive und systematische politische Bildungsarbeit, wir brauchen die mündige Genossin, den mündigen Genossen. Und wir brauchen Vorstände, die darüber nicht reden, sondern eine solche Entwicklung organisieren, fördern und ermöglichen.